



Zusammenarbeit im Konsumraum zwischen Polizei - Gesundheitsdiensten – Kontakt- & Anlaufstelle

“Das Feuer unter dem Topf wegziehen”

Evelyne Flotiront (Kontakt- & Anlaufstelle), Michèle Runco (Gesundheitsdienste) und
Peter Sumsander (Kantonspolizei)

Konsum und Handel im öffentlichen Raum

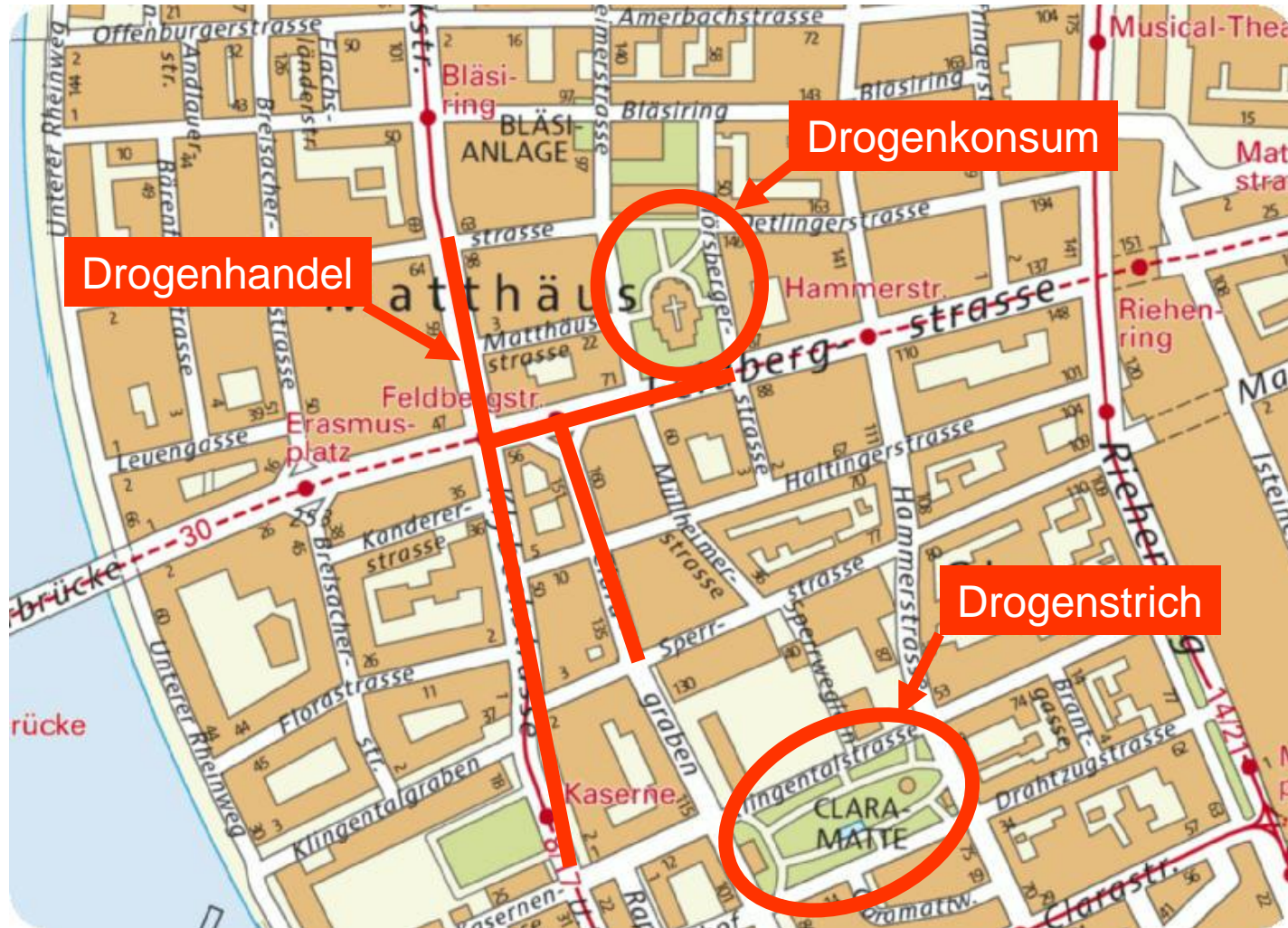
- 1. Die Entwicklungen in den vergangenen 15 Jahren am Beispiel eines Wohnbezirks im Kleinbasel**
- 2. Polizeiliche Repression als Auftrag der Vier-Säulen-Politik**

Es gibt zwei Arten, das im Topf kochende Wasser zu kühlen.
Es wird kaltes Wasser hineingegossen (das bald wieder kocht)
- 3. Die Zusammenarbeit mit den Säulen Schadensminderung und der Therapie**

.... oder das Feuer unter dem Topf weggezogen.



Die Entwicklungen in den vergangenen 15 Jahren am Beispiel eines Wohnbezirks im Kleinbasel



Unaufhaltsame Verlagerung der Szene in ein Wohnquartier nach der Auflösung der offenen Szene am Rheinufer

Aufkommen von Kokain als Hauptdroge mit 24 Stunden Handel und Konsum

Starke Zunahme der „Kügelidealer“, mit grösseren Personengruppen im öffentlichen Raum

Fehlende Erfahrungen der Polizei im Umgang mit Afrikanern und dem steten Vorwurf, rassistisch zu handeln.

Häufiger, sichtbarer Drogenkonsum (ausserhalb der Öffnungszeiten der K&A) im öffentlichen Raum, auf Vorplätzen, in Hauseingängen, Tiefgaragen, usw.

Ruhestörungen durch Zurufen, Pfeifen, lautes Streiten, Schlägereien usw. unter Konsumenten und Dealern

Niederschwelliges Wohnangebot im Quartier als Pullfaktor für Drogenkonsumenten durch eine christliche Organisation, die den Konsum in den eigenen vier Wänden nicht tolerieren.



Aktionen der Polizei (1)

Nächtelange Aktionen gegen Drogendealer (Reduktion der Aufgriffe nur von kurzer Dauer)

Stundenlange Kontrolle von ziellos herumstreifenden Konsumenten mit dem Versuch, diese zu vertreiben (oft fehlende Sanktionsmöglichkeiten).

Personengruppe umfasst bis zu 60 Personen, von denen ca. 10 durch stets aggressives Verhalten, Nachruhestörungen, grosse Verwahrlosung, starkem Rauschzustand usw. auffallen.

Hilflosigkeit der Polizei gegenüber den Suchtkranken und ihrer oft elenden Lage.

Aktionen der Polizei (2)

Anpassung der Konzepte mit der Einführung von Community Policing)

Gleichzeitige Kontrolle von Dealern und Käufern, um eine rechtsge-
nügende Beweislage zu schaffen (Kontrolle auf blossen Verdacht hin
werden keine gemacht)

Einsetzen eines definierten Polizeiteams mit der Verantwortung für das
zuständige Einsatzgebiet

Ordnungswidrigkeiten werden konsequent gebüsst (Erhöhung des
Leidensdrucks mit dem Ziel, Verhaltensveränderungen zu bewirken
oder über Alternativen zum Konsum nachzudenken)

Jede Personenkontrolle wird im Journal erfasst. Feststellungen über
Gesundheitszustand, Suchtverhalten, Verwahrlosung usw. werden
vermerkt.

Gezielte Auswertung von Erkenntnis von Personen, die den
öffentlichen Raum durch ihr Verhalten stark belasten. Weitergabe der
Informationen an die Gesundheitsdienste.



Aktionen der Polizei (3)

Gezielte Suche nach und Bildung von Partnerschaften mit staatlichen und privaten Stellen.

Einführung der ersten „Mittler im öffentlichen Raum“ durch die Gesundheitsdienste

Polizei interne aktive Kommunikation mit dem Ziel, Drogenabhängige nicht als „Feinde“ wahrzunehmen

Wecken von Verständnis für die Anliegen der Säulen „Therapie“ und „Schadensminderung“ durch interne Schulungen und Besuche von Polizisten bei den K&A

Abbau von Schwellenängsten und Wahrnehmung von Sozialarbeitenden als Partner, mit dem Ziel die Belastung des öffentlichen Raums zu reduzieren und Schwerstabhängige gleichzeitig in ein Helfersystem zu bringen.



Anlass zur Handlung in den Gesundheitsdiensten

Frühjahr 2000

- Viele Anwohnerreklamationen aus den von der Drogenszene betroffenen Quartieren
- Ebenfalls Anwohnerreklamationen betreffend des K+A Betriebs (u.a. Öffnungszeiten)
- Meldung von Nadelstichverletzungen

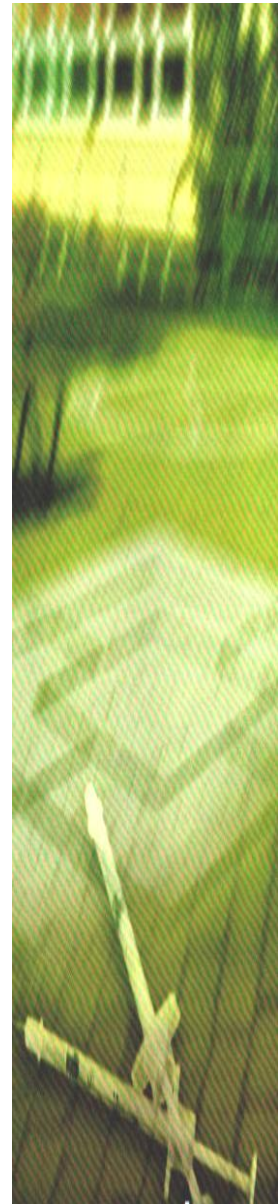
Reaktion der Fachstelle für Suchtfragen

Kurzfristig

- Engagement einer private Sicherheitsfirma als kurzfristige Lösung
- Neuregulierung der Öffnungszeiten der K+A

Langfristig

- Initiierung von zwei Projekten in der aufsuchenden Sozialarbeit → ab 2002 Beruhigung der Situation im öffentlichen Raum



Projekte in der aufsuchenden Sozialarbeit

Projekt 1: «Abklären und Vermitteln»

Zuständigkeit: Polizei- und Militärdepartement

Zweck: Drogenabhängige Menschen aufzugreifen und in einer Zentrale ihren Gesundheitszustand abklären zu lassen (nach Bedarf und Möglichkeit erfolgte Triage)

Häufigkeit: Bis zu drei Aktionen pro Monat

Projekt 2: Projekt «Aufsuchen, Vertrauensbildung, Information»

Zuständigkeit: Gesundheitsamt

Zweck: Auf die geläufigen Regeln im öffentlichen Raum aufmerksam machen (z.B. Konsum in einer K+A, sachgerecht Entsorgung von Injektionsmaterial)

→ **Seit 2005: Fachteam «Mittler im öffentlichen Raum»**



Tätigkeiten der Mittler im öffentlichen Raum

- Präsenz im öffentlichen Raum
- Präsenz im Umfeld der K+A
- Aufsuchende Sozialarbeit



- Anwohnerkontakte
- **Monitoring**
- Vernetzung



Monitoring öffentlicher Raum

Sammlung von Daten verschiedener Akteure:

Mittler im öffentlichen Raum, Polizei, Staatsanwaltschaft, Stadtgärtnerei und -reinigung, Securitas, Sprütze-Wäspi sowie Anwohnermeldungen.

Bulletin...

- gibt Auskunft über Anzahl gefundener „Fixerutensilien“, Häufigkeit von Drogenkonsum und -handel sowie Anzahl Anwohnerreklamationen; getrennt nach Standort
- ermöglicht einen differenzierten Überblick der aktuellen Belastung des öffentlichen Raums und dient als Arbeitsinstrument.

Monatliche Treffen der Steuergruppe „öffentlicher Raum“ und Besprechung der aktuellen Situation/Massnahmenplanung



Gemeinsame Fallführung der Fachteams MiR und Case Management

Die Mittler im öffentlichen Raum...

- betreiben aufsuchende Tätigkeiten bei Personen, welche dem Case Management durch Polizeirapporte oder Gefährdungsmeldungen durch Dritte gemeldet werden.
- vermitteln schwerstabhängigen Personen an das Case Management.

Ziele

- Klientinnen und Klienten mit einer komplexen Problematik und schwankender Motivation können erreicht werden.
- Die Fallführung besteht aus einem «Tandem» von Case Manager und Mittler.
- Klientinnen und Klienten erhalten die notwendige Unterstützung.



Beratungen und Begleitungen

- Beratungen und Begleitungen erfolgen grundsätzlich nur mit Einverständnis der Klientinnen und Klienten;
- Sie sollen primär der Förderung der Selbstverantwortung dienen;
- Die Klientinnen und Klienten werden im Sinne einer Triage an die entsprechenden Stellen der Schadensminderung, des Sozialbereichs oder auch an Ärzte, Spitäler etc. vermittelt;
- Auf Wunsch werden die Klientinnen und Klienten dorthin begleitet.



Zusammenarbeit im Konsumraum, Kantonspolizei Basel-Stadt



Danke für ihre Aufmerksamkeit

